

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

18. WP - 27. Sitzung

am Mittwoch, dem 2. Juli 2014, 10 Uhr,  
in Sitzungszimmer 122 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Serpil Midyatli (SPD)

i. V. von Jürgen Weber

Birte Pauls (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Bernd Heinemann (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Ostseejugendforum zur Kieler Woche und Follow-up</b>	<b>5</b>
<b>2. Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung mit dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft</b>	<b>6</b>
<b>3. Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz</b>	<b>7</b>
<b>4. Ergänzende Änderung zur EU-Ökodesign-Richtlinie 2009/125/EG</b>	<b>8</b>
Antrag der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Drucksache 18/1924</a>	
<b>5. Entwurf INTERREG-Nordsee-Programm 2014-2020; Ergebnisse der Konsultation</b>	<b>9</b>
<b>6. Bericht des Landtagspräsidenten Klaus Schlie über die Ergebnisse der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates vom 15. bis 17. Juni 2014 in Hamburg sowie deren Auswirkungen auf Schleswig-Holstein</b>	<b>10</b>
Antrag der Abg. Angelika Beer (PIRATEN) <a href="#">Umdruck 18/3064</a>	
<b>7. a) Bericht über den Zugang des Landtags zur Bundesratsdatenbank EUDISYS</b>	<b>12</b>
<b>b) Zugang des Landtages zur Bundesratsdatenbank EUDISYS</b>	
Antrag der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Drucksache 18/1860</a>	
<b>8. Europäische Solidarität notwendig - Jugendarbeitslosigkeit in der EU gemeinsam bekämpfen</b>	<b>14</b>
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/1430</a>	
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/1588</a> Absatz 1 - selbstständig -	
<b>9. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen</b>	<b>15</b>
<b>10. Bundesratsangelegenheiten</b>	<b>16</b>

**11. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität** **17**

hierzu: [Umdruck 18/3074](#)

**Stellungnahme zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (KOM(2014) 167)**

hierzu: Frühwarndokument 18/160

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 in Bezug auf die Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz von unbegleiteten Minderjährigen zuständig ist, die keine Familienangehörigen, Geschwister oder Verwandten mit rechtmäßigem Aufenthalt in einem Mitgliedstaat haben (KOM(2014) 382)**

Antrag der Abg. Astrid Damerow (CDU)

[Umdruck 18/3097](#)

hierzu: [Umdruck 18/3102](#)

**12. a) Den schleswig-holsteinischen Mittelstand fitmachen für den europäischen und den weltweiten Wettbewerb** **18**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1865](#)

**b) Europäische Initiative zum sozialen Unternehmertum in Schleswig-Holstein umsetzen**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1872](#)

**13. Verschiedenes** **19**

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Ostseejugendforum zur Kieler Woche und Follow-up**

Frau Ehlers und Frau Janneck vom Landesjugendring berichten über das erste Ostseejugendforum zur Kieler Woche vom 23. bis 26. Juni 2014 (siehe Anlage).

Die Mitglieder des Europaausschusses sind sich grundsätzlich einig, dass auch 2015 ein Ostseejugendforum zur Kieler Woche durchgeführt - die genaue Ausgestaltung soll mit dem Landtagspräsidenten besprochen werden - und die Resolution des Ostseejugendforums auf die Tagesordnung der nächsten Ostseeparlamentarierkonferenz gesetzt werden soll.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Vorbereitung der gemeinsamen Sitzung mit dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft**

In der gemeinsamen Sitzung mit dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft am Donnerstag, dem 4. September 2014, von 16 bis 18 Uhr in Hamburg, sollen folgende Themen behandelt werden:

- Kooperation Hanseoffice, personelle Besetzung und gemeinsame Stelle, die beiden Parlamenten zuarbeitet
- gemeinsame Ausschussreise nach Brüssel
- Finanzierung des Ostseejugendsekretariats
- Vorbereitung Parlamentsforum Südliche Ostsee
- EU-Kommissar für Minderheiten
- STRING-Kooperation

Frau Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, sagt zu, den Ausschuss bis dahin über die personelle Besetzung der Brüsseler Büros der anderen Bundesländer schriftlich zu unterrichten. Zur STRING-Kooperation verweist sie auf die Fehmarnbelt-Days vom 30. September bis zum 2. Oktober 2014 in Kopenhagen. Die Ministerin stellt die Bedeutung des Ostseejugendsekretariats heraus. Man bemühe sich, über das Programm ERASMUS+ EU-Mittel von bis zu 10.000 € für drei Jahre einzuwerben. Darüber hinaus habe das Jugendministerium in Aussicht gestellt, Kofinanzierungsmittel für potenzielle Projektanträge 2014 von bis zu 6.000 € bereitzustellen und bei Bundesministerin Schwesig um finanzielle Unterstützung des Bundes zu werben. Auf eine Frage von Abg. Beer zum Ostseebericht teilt sie mit, dass der Ostseerat das Treffen der Außenminister bedauerlicherweise abgesagt habe.

Der Vorsitzende bittet das Europaministerium, den Ausschuss rechtzeitig vor der gemeinsamen Sitzung mit Hamburg über den aktuellen Stand der personellen Besetzung der Vertretungen der Bundesländer in Brüssel und der Finanzierung des Ostseejugendsekretariats schriftlich zu unterrichten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz**

[Umdruck 18/3096](#)

Der Ausschuss nimmt die Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz, [Umdruck 18/3096](#), zur Kenntnis und vereinbart, sich am Rande der kommenden Landtagstagung auf Schwerpunkte der Ostseeparlamentarierkonferenz zu verständigen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Ergänzende Änderung zur EU-Ökodesign-Richtlinie 2009/125/EG**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1924](#)

(überwiesen am 20. Juni 2014 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und an den Europaausschuss)

hierzu: [Umdruck 18/3127](#)

Herr Dr. Möhring-Hüser, Referent in der Abteilung Energie, Klima- und Ressourcenschutz des Umweltministeriums, erläutert kurz die Änderung der EU-Ökodesign-Richtlinie, [Umdruck 18/3127](#).

Abg. Voß empfiehlt, den PIRATEN-Antrag für erledigt zu erklären.

Der Ausschuss stellt die Beschlussfassung über den Antrag [Drucksache 18/1924](#) zurück.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Entwurf INTERREG-Nordsee-Programm 2014 bis 2020; Ergebnisse der Konsultation**

Abg. Damerow bittet um einen Bericht über die Arbeit der Nordseekommission in der nächsten Sitzung.

Frau Dr. Williams aus dem Referat Ostsee- und Nordseeangelegenheiten des Europaministeriums stellt kurz den Entwurf des Operationellen Programms 2014 bis 2020 für den Nordseeraum vor. Priorität hätten die Themen Innovation, Energie, Umweltschutz und Verkehr. Das Programm sei nach der öffentlichen Konsultation inhaltlich nicht mehr verändert und vom Programmausschuss am 4. Juni 2014 genehmigt worden. Das Programm müsse jetzt von den Mitgliedstaaten und dann - voraussichtlich im Spätsommer - von der Europäischen Kommission genehmigt werden. Ab Herbst 2014 werde Schleswig-Holstein für das INTERREG-Nordsee-Programm die Funktion der Prüfstelle übernehmen. Am 17. März 2014 habe man die Öffentlichkeit über die neuen INTERREG-Programme informiert. Am 25./26. Juni 2014 sei das Nordseeprogramm auf der Nordseejahreskonferenz in Aberdeen öffentlich vorgestellt worden.

Der Ausschuss nimmt den Programmentwurf zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Bericht des Landtagspräsidenten Klaus Schlie über die Ergebnisse der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates vom 15. bis 17. Juni 2014 in Hamburg sowie deren Auswirkungen auf Schleswig-Holstein**

Antrag der Abg. Angelika Beer (PIRATEN)

[Umdruck 18/3064](#)

Herr Schlie, Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtags, trägt vor, als tragender Gedanke der Konferenz im vergangenen Monat in Hamburg lasse sich hervorheben, dass die Landesparlamente intensiver in die europapolitischen Entscheidungsprozesse eingebunden werden müssten; die Landtage müssten sich ihrer „Brückenfunktion“ zwischen der europäischen Ebene und den Bürgerinnen und Bürgern bewusst sein und die Funktion aktiv wahrnehmen. Die Landtage setzten sich daher auch für eine Stärkung der innerstaatlichen Beteiligungsrechte der Landesparlamente in EU-Angelegenheiten gegenüber den Landesregierungen ein.

In dem Zusammenhang sei auch die Forderung nach einer wirkungsvoller ausgestalteten Subsidiaritätskontrolle, insbesondere die Ausweitung der Frist für die Subsidiaritätsprüfung durch die nationalen Parlamente von acht auf zwölf Wochen, zu verstehen. Die Subsidiarität sei eine zentrale Frage der Legitimation für die Europäische Union und ein ganz wesentlicher Aspekt, die im Rahmen erforderlicher Reformen der Arbeitsweise der Institution „EU“ beantwortet werden müsse. Auch müssten Landesparlamente in der prälegislativen Phase, also zu einem Zeitpunkt, wo noch größere „Weichenstellungen“ eher möglich seien, in vollem Umfang eingebunden werden. Damit gehe das Bestreben einher, den Zugang zur Bundesratsdatenbank EUDISYS zu erreichen.

In der Landtagspräsidentenkonferenz seien ferner die Hürden für die Überprüfung von Rechtsetzungsvorhaben thematisiert worden, die als zu hoch angesehen würden; dementsprechend werde die Forderung nach Absenkung des derzeit festgelegten Quorums erhoben. Die Forderung umfasse auch das Aufgeben eines Gesetzgebungsvorhabens, wenn eine einfache Mehrheit der nationalen Parlamente eine Subsidiaritätsrüge ausspreche.

Die Landtage sprächen sich zudem für den Ausbau direkter Beziehungen der Landesparlamente zu den EU-Institutionen aus. Dies sei für das deutsche Mehrebenensystem von besonderer Bedeutung. Es werde der Appell der Präsidenten an die Landesparlamente gerichtet, von der bereits seit zwei Jahren bestehenden Direktzuleitung an die Kommission stärker Gebrauch zu machen, gerade in Subsidiaritätsfragen. Auch die Ergebnisse des Treffens der Europaausschüsse der Landesparlamente in Dresden im März und April dieses Jahres zeigten, dass dieser Aspekt in den Ländern als wichtige Voraussetzung für ein beiderseitiges Verständnis für die Belange der jeweiligen Ebenen gesehen werde.

Außerdem sollte nach Auffassung der Konferenzteilnehmer der Austausch zwischen Landesparlamenten und Europäischem Parlament intensiviert werden. Vorstellbar wären etwa gemeinsame Sitzungen und Veranstaltungen, soweit Kompetenzen der Landesparlamente betroffen seien. Auch sollte das Netzwerk von Vertretern der nationalen Parlamente in Brüssel für die Landesparlamente nutzbar gemacht werden. Aus seiner Sicht sei es wünschenswert, dass auch das Landesparlament einen Vertreter in Brüssel habe; dies sei allerdings auch eine Frage der Ressourcen und der Finanzierbarkeit.

Die parlamentarische Budgetverantwortung und Wahrung der Haushaltsautonomie ließen sich für Landesparlamente mit Blick auf die Staatsschuldenkrise und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) nur dann effektiv wahrnehmen, wenn eine verstärkte Einbeziehung durch Institutionen auf europäischer und auf Bundesebene erfolge.

Eine Frage von Abg. Beer beantwortet der Landtagspräsident dahin, es sei einheitliche Auffassung aller Landtagspräsidenten über die Parteigrenzen hinweg, dass es auch bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Interesse der Funktionsfähigkeit des Parlaments eine Sperrklausel geben müsse.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**a) Bericht über den Zugang des Landtags zur Bundesratsdatenbank EUDISYS**

hierzu: [Umdrucke 18/2719, 18/2887](#)

**b) Zugang des Landtages zur Bundesratsdatenbank EUDISYS**

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
[Drucksache 18/1860](#)

(überwiesen am 16. Mai 2014)

hierzu: [Umdruck 18/3022](#)

Herr Dr. Schliesky, Direktor des Landtags, trägt vor, die Landtagspräsidenten und -direktoren teilten die rechtlichen Gründe des Bundesrats nicht, den Landtagen den Zugang zur Bundesratsdatenbank EUDISYS zu verweigern. Der Aufbau einer eigenen Datenbank wäre theoretisch möglich, sei aus Ressourcengründen allerdings für die Landtagsverwaltung nicht leistbar und auch nicht im Interesse des Steuerzahlers. Die Verweigerung des Bundesrats sei insbesondere vor dem Hintergrund unverständlich, dass der Europäische Rat die Beachtung der Subsidiarität und die Rolle der nationalen Parlamente betone und der Ausschuss der Regionen die prälegislative Kontrolle verstärken wolle, was die Notwendigkeit einer umfassenden Informationserlangung noch wichtiger mache. Um die Rechte der Landesparlamente zu wahren beziehungsweise zu stärken, forderten die Landtagspräsidenten, das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union zu aktualisieren; denkbar sei auch, die Beteiligung des Parlaments in EU-Angelegenheit im Wege einer Vereinbarung zu regeln. Abschließend wirbt auch der Landtagsdirektor für eine eigene Präsenz des Landtags in Brüssel. Auf eine Frage von Abg. Damerow macht er deutlich, der Zugang zur Datenbank sei nach Auffassung aller Landtagsdirektoren ohne rechtliche Änderung möglich.

Abg. Poersch weist darauf hin, dass der Landtag über sie als Mitglied des AdR Zugang zur Datenbank des AdR habe.

Herr Studt, Chef der Staatskanzlei und Bevollmächtigter des Landes beim Bund, äußert, es gebe den einstimmigen Beschluss des Ständigen Beirats vom März 2014, den Landtagen den

Zugang zur Datenbank EUDISYS aufgrund verfassungsrechtlicher, haushaltsrechtlicher und technischer Bedenken zu verweigern. Um in der Sache weiterzukommen, sollte das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union geändert werden, das den Umgang mit Dokumenten regelt, die in EUDISYS eingestellt seien. Nicht alle Dokumente könnten zugänglich gemacht werden. Es sei Aufgabe der absendenden Stelle, darüber zu befinden, wem welche Berichte zugänglich gemacht werden könnten. Die Landesregierung könne sich nicht über bestehende Regelungen oder den Wunsch des Bundes hinwegsetzen.

Landtagspräsident Schlie macht darauf aufmerksam, dass die Landesregierungen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen das Informationsbedürfnis ihrer Landtage befriedigten.

Nach Auskunft von Staatssekretär Studt beschränkt sich die Weiterleitung von Informationen auf Fragen der Subsidiaritätsprüfung, deren Erkenntnisgewinn überschaubar sei. Er setze sich dafür ein, dass sich die Bundesländer bei der Weiterleitung von Informationen auf ein einheitliches Vorgehen verständigten, und wirbt dafür, im Rahmen der Novellierung des EUZBLG die Beteiligungsrechte der Landesparlamente zu konkretisieren, an denen sich dann technische Lösungen orientieren könnten.

Der Ausschuss stellt die Beschlussfassung über den PIRATEN-Antrag zurück.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Europäische Solidarität notwendig - Jugendarbeitslosigkeit in der EU gemeinsam bekämpfen**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1430](#)

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1588](#) Absatz 1 - selbstständig -

(überwiesen am 19. Februar 2014 an den **Europaausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/2706, 18/2724, 18/2790, 18/2815, 18/2864, 18/2884, 18/2903, 18/2932, 18/2933, 18/2934, 18/2966, 18/2968, 18/2981](#) (neu)

Abg. Dornquast wirbt für die Verabschiedung eines Ausbildungsprogramms, um arbeitslose Jugendliche in Südeuropa zu unterstützen. Der finanzielle Aufwand sei vertretbar, das Problem der Sprachkurse lösbar.

Abg. Poersch lehnt den CDU-Antrag unter Hinweis auf die Ergebnisse der Anhörung und bestehende Initiativen ab.

Abg. Beer macht darauf aufmerksam, dass die Annahme des CDU-Antrags Kosten von 20 Millionen €verursache.

Im Einvernehmen mit dem an der Beratung beteiligten Wirtschaftsausschuss und unter Vorbehalt des Votums des ebenfalls an der Beratung beteiligten Bildungsausschusses empfiehlt der Europaausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP, den CDU-Antrag, [Drucksache 18/1430](#), abzulehnen. Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP empfiehlt er, den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, [Drucksache 18/1588](#), Absatz 1, anzunehmen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Bericht aus dem Ausschuss der Regionen**

Abg. Poersch, Mitglied des Ausschusses der Regionen, berichtet über die letzte Sitzung des AdR. Der AdR betone eine solidarische Flüchtlingspolitik der EU bis hin zu einem gemeinsamen Asylsystem, beim Europäischen Netz der Arbeitsvermittlungen (EURES) die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die Weiterentwicklung des AdR und den besonderen Schutz der Sparkassen und Genossenschaftsbanken bei der Bankenreform. Der AdR habe folgende Themenbereiche zum Schwerpunkt seiner Arbeit erklärt: Investitionen in Städte und Regionen, Berücksichtigung lokaler und regionaler Gebietskörperschaften, Bildung, berufliche Bildung, Kultur, soziale Inklusion, Strategie gegen Obdachlosigkeit, Transatlantisches Freihandelsabkommen, engere Partnerschaft zwischen europäischen Institutionen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Bundesratsangelegenheiten**

hierzu: [Umdrucke 18/3007](#), [18/3028](#), [18/3032](#), [18/3098](#)

Der Ausschuss nimmt die Umdrucke ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Prüfung der Wahrung der Subsidiarität**

hierzu: [Umdruck 18/3074](#)

**Stellungnahme zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (KOM(2014) 167)**

hierzu: [Frühwarndokument 18/160](#)

**Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 in Bezug auf die Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz von unbegleiteten Minderjährigen zuständig ist, die keine Familienangehörigen, Geschwister oder Verwandten mit rechtmäßigem Aufenthalt in einem Mitgliedstaat haben (KOM(2014) 382)**

Antrag der Abg. Astrid Damerow (CDU)

[Umdruck 18/3097](#)

hierzu: [Umdruck 18/3102](#)

Auf eine Frage von Abg. Damerow antwortet Herr Polakowski, Mitarbeiter im Referat Aufenthalts-, Asyl- und Freizügigkeitsrecht im Innenministerium, mit der Änderung der Dublin-III-Verordnung würden die Sonderrechte für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge präzisiert und gleichzeitig eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs umgesetzt.

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung:

**a) Den schleswig-holsteinischen Mittelstand fitmachen für den europäischen und den weltweiten Wettbewerb**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1865](#)

(überwiesen am 14. Mai 2014 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Europaausschuss)

**b) Europäische Initiative zum sozialen Unternehmertum in Schleswig-Holstein umsetzen**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1872](#)

(überwiesen am 14. Mai 2014 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Europaausschuss)

Der Europaausschuss stellt die Beschlussfassung zurück und bittet das Wirtschaftsministerium, über die Regionale Innovationsstrategie zu berichten, sobald die Strategie von der Landesregierung beschlossen worden ist.

Punkt 13 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Nächste Sitzungen:

- |                     |        |  |
|---------------------|--------|--|
| 4. September 2014,  | 16 Uhr | Gemeinsame Sitzung mit dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft in Hamburg |
| 29. September 2014, | 12 Uhr | Reguläre Beratungssitzung  |
|                     | 14 Uhr | Haushaltsberatungen gemeinsam mit dem Finanzausschuss                                |

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 12:05 Uhr.

gez. Peter Lehnert  
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt  
Stellv. Geschäfts- und Protokollführer